

Zonengrenze, Grenzöffnung, Hilfe- und Unterstützung

Stationen zur Deutschen Einheit

Von *Hans-Otto Kurz*, Ludwigsau-Friedlos

Im Herbst 2010 sind es zwanzig Jahre her, dass nach dem Fall der Mauer im November 1989 die Vereinigung Deutschlands vollzogen werden konnte. Der 3. Oktober wurde zum nationalen Feiertag erklärt; am 3. Oktober 2010 wird der Tag der Deutschen Einheit zum 20. Mal gefeiert. Anlass, um auf einige Stationen der jahrzehntelangen Teilung zurückzublicken und einige erwähnenswerte örtliche Ereignisse darzustellen.

1945: NS-Regime zusammengebrochen - Deutschland wird geteilt

Am 3. Oktober 1990 war eine Entwicklung zum Abschluss gekommen, die am 8. Mai 1945 mit dem Ende des vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs und der bedingungslosen Kapitulation begonnen hatte. Deutschland wurde von den Siegermächten in 4 Besatzungszonen geteilt. Mit Zunahme des „Kalten Krieges“ entwickelte sich die Demarkationslinie zwischen der amerikanisch/britischen Zone und der sowjetischen Zone, die von der Lübecker Bucht bis bei Hof reichte, von einer Zonengrenze hin zur Innerdeutschen Grenze und - nach östlicher Sprachregelung - zu einem „Antifaschistischen Schutzwall, zur „Staatsgrenze West“.

Sie wurde zu einer Trennlinie, die mit einem tief gestaffelten Sperrsystem und durch perfektionierte Grenzanlagen die Flucht aus dem „Ersten Arbeiter- und Bauernstaat“ verhindern sollte. Durch intensive Baumaßnahmen - insbesondere nach dem 26. Mai 1952, nach dem 17. Juni 1953, nach dem 13. Aug. 1961 und Anfang der 1970er Jahre - war aus der einst „Grünen Grenze“ ein unüberwindbarer „Eiserner Vorhang“, eine unpassierbare Mauer mit Wachtürmen, Hunden, Stacheldraht, Erdminen, Signal- und Selbstschussanlagen geworden. Mit Waffengewalt - Schießbefehl - wurde die Flucht von Menschen in den Westen verhindert.



Tag der Deutschen Einheit 1961 - Kundgebung am 17. Juni bei Philippsthal. (Heimatkalender 1962)

Leben mit der Mauer – mit der Mauer leben

Die im Osten und Westen bewachten bzw. beobachteten rund 1300 km langen Grenzanlagen trennten zwei unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme. Hier standen sich die Rote Armee und US-Truppen in zwei Bündnissystemen - Nato mit der USA, Warschauer Pakt mit der Sowjet-Union - gegenüber; der Dritte Weltkrieg drohte.

Die unmenschliche Grenze zerschnitt historisch gewachsene Räume, trennte Familien, Freunde und Bekannte, prägte „hüben und drüben“ jahrzehntelang das Schicksal von Millionen Menschen. Sie teilte Siedlungen und Landschaften,

trennte Versorgungsleitungen (Strom, Wasser), unterbrach Verkehrswege (Feld- und Wirtschaftswege, Straßen, Autobahnen, Wasser- und Schienenwege) und schnitt von Schulen und Arbeitsstätten ab. Zahlreiche heimatgeschichtliche Veröffentlichungen mit Schilderungen von Vorfällen und der Darstellung von persönlichen Schicksalen geben hiervon eindrucksvoll Zeugnis.

Mitten in Deutschland - Kreis Hersfeld wird (Zonen-) Grenzkreis

Auch hier bei uns - die damaligen Kreise Hersfeld und Rotenburg waren zu Zonen-grenzkreisen geworden und von den thüringischen Kreisen Eisenach und Bad Salzungen abgeschnitten - waren die



Blick über die Grenze - Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und Landrat Edwin Zerbe 1961 an der Zonengrenze bei Philippsthal-Weidenhain. (Heimatkalender 1962)

Auswirkungen der Grenzziehung zu spüren. Hier „am Ende der Welt“, war die Welt jedoch nicht zu Ende. Man hatte sich im Laufe der Jahre mit der ständigen Anwesenheit der amerikanischen Truppen mit ihren militärischen Anlagen, der Präsenz des Bundesgrenzschutzes und des Zolls arrangiert.

In dem Bewusstsein, dass Veränderungen nur von „oben“ kommen könnten und hier „vor Ort“ ohnehin nichts bewegt werden könnte, entstand der Eindruck, dass man sich an die immer gegenwärtige Trennlinie mit ihren zahlreichen Erschwernissen und menschlichen Problemen gewöhnt und als unabänderlich hingenommen hatte.

Es gab aber zahlreiche Beispiele für Initiativen und für die Arbeit von Personen, Institutionen, Behörden und Parteien, die die Grenze so nicht hinnehmen wollten und das Leben für die Menschen erleichtern sollten. Das 1963 errichtete „Zonengrenz-Mahnmal-Bodesruh“ bei Kleinen-see, die jährlichen Feiern am 17. Juni zum „Tag der Deutschen Einheit“, die Teilnahme an Aktionen wie „Macht das Tor auf“, „Unteilbares Deutschland“ und „Die Mauer muss weg“, erinnern und belegen nicht nur wiederkehrende Aktivitäten „gegen das Vergessen“.

Auch der frühere Landrat Edwin Zerbe (Landrat 1955-1970, Erst. Beig. 1970-1971) strebte Veränderungen an. Er holte „politische Prominenz“ in den Kreis und brachte Vertreter der westdeutschen Zonenrandkreise in Bad Hersfeld an einen Tisch und versuchte, für die aus der Grenzlage entstehenden Alltagsfragen ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen sowie praktische Lösungen zu erreichen. Hier im Kreis Hersfeld hatte man schon recht früh Nachteile durch die Grenzziehung hinnehmen müssen.

Durch die 1952 bis 1954 (und später von 1967-1969) vollzogene und danach stets drohende Sperrung der durch ostzonales Gebiet führenden Bahnstrecke Philippsthal-Heringen-Gerstungen-Bebra, war nicht nur der Abtransport der Kaliprodukte aus den Kaliwerken in Hattorf und Wintershall, sondern waren auch Tausende von Arbeitsplätzen im Werratal gefährdet. Durch erhebliche organisatorische und finanzielle Anstrengungen des Kreises und mit Unterstützung von Land

und Bund konnten die Kalitransporte – während der Sperrung zu 100 %, danach mit einem hohem Anteil – über die rasch ausgebauten Strecke der Hersfelder Kreisbahn geführt und für Sperrzeiten vorgehalten werden.

Grenzkommision, Grenzbeauftragter, Zonenrandförderung

Am 31. 1.1973 fand die konstituierende Sitzung der sog. Grenzkommision statt. Die Kommission, die sich aus Regierungsbeauftragten der Bundesrepublik und der DDR zusammensetzte, sollte Härten aus der deutschen Teilung mildern.

Wegen der Bedeutung der Grenzfragen fasste das Land Hessen als erstes Bundesland das Arbeitsfeld „Zonengrenze“ in der Staatskanzlei zusammen und bestellte ab 1974 einen „Beauftragten für Angelegenheiten des Grenzgebietes zur DDR“ (kurz: Grenzbeauftragter - Hans-Otto Weber 1. 4.1974 - 31. 3.1979, Gerhard Sprenger 1.4.1979 - 1990).

An einige Problemfelder und deren Lösungsversuche unter Beteiligung der Grenzkommision, des Grenzbeauftragten, von Dienststellen in Wiesbaden, Bonn und Ost-Berlin sei stichwortartig erinnert. So z.B.:

- Einigung über den genauen Grenzverlauf (mit z.B. konkreten Auswirkungen in der Eisenacher Str. in Obersuhl und der Hoffeldschen Druckerei in Philippsthal),
- Vereinbarungen über Strom- und Wasserlieferungen (z.B. Trinkwasser für Kleinnensee aus der Gemarkung Großensee/SBZ),
- Abkommen zur Behandlung von Abwasser- und Gewässerschutzfragen bei grenzbildenden und grenzkreuzenden Gewässern (z.B. Schädlingsbekämpfung an Werra und Ulster),
- Regelungen zu grenzüberschreitender Nutzung von Bodenschätzen (z.B. benachbarter Kalibergbau im Werratal in Ost und West, Einleitung von Kaliabwässern in die Werra, Kalilaugenversenkung),
- Übereinkommen zur direkten Nachrichtenübermittlung bei drohenden Gefahren (z.B. bei Hochwasser, Tierseuchen, Waldbrand, Umweltkatastrophen)
- Abmachungen zum Erreichen von Grundstücksexklaven, zur Nutzung grenznaher Wirtschaftswege und Durchführung forstwirtschaftlicher Arbeiten im Grenzgebiet u.ä. ...

Jahrelang wurde versucht, verkehrliche Vereinfachungen bei dem mehrmals grenzüberschreitenden Autobahnverlauf der A 4 (dem sog. Thüringer Zipfel), der den Ausbau einer Anbindungsstraße (B 400) zur A 4 erforderlich machte, zu erreichen.

Bürgermeister, Landräte und private Investoren bemühten sich eifrig um Mittel aus Programmen zur Zonenrandförderung (von EU, Bund, Land) für öffentliche oder private Investitionen (z.B. für Arbeitsplätze/Ansiedlungen, Schulen, Kindergärten, Straßen-, Wohnungs- und Sportstättenbau, Fremdenverkehr, sonstige soziale und kulturelle Einrichtungen). Mit zusätzlicher Förderung und Steuervergünstigungen wurde versucht, die Infrastruktur der Zonenrandregion attraktiv zu gestalten und Investoren zu Ansiedlungen zu animieren. ⁽¹⁾

Hiesige Initiativen sorgen für bundesweite Beachtung

Aus der Vielfalt von ortsbezogenen Akti-

vitäten gibt es mindestens drei Beispiele, die bundesweite Aufmerksamkeit erregten. Hierzu zählen:

- Philippsthaler Bürgermeister Fritz Schäfer fordert Grenzübergang für Fußgänger zwischen Philippsthal und Vacha
- Kreis Hersfeld-Rotenburg will Kontakte und Partnerschaft mit Kreis Eisenach
- Grenzschaiber/Grenzschaiberin beim Kreis Hersfeld-Rotenburg angestellt

Bürgermeisterforderung: Fußgängerübergang Philippsthal - Vacha

Der Philippsthaler Bürgermeister Fritz Schäfer forderte 1986 einen Grenzübergang für Fußgänger im Grenzraum Philippsthal/Vacha.⁽²⁾ Schäfer hoffte, dass daraus später evtl. auch eine Partnerschaft mit Vacha - ähnlich der im April 1986 vereinbarten ersten Gemeinde-Partnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis - entstehen könnte.

Seine Forderung erregte bundesweit Aufsehen. Vacha lag in der östlichen Sperrzone, in die Besucher nicht einreisen durften. Auch nicht mit einem auf Antrag ausgestellten individuellen Berechtigungsschein (z.B. im Rahmen von Tagesbesuchen aus grenznahen Kreisen der Bundesrepublik in grenznahe Kreisgebiete der DDR). Diese Besucher mussten z.B. nach Dorndorf fahren, um sich mit Einwohnern aus Vacha treffen zu können. Schäfer wandte sich daher an den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker; bekam aber nie eine Antwort. Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen zeigte Verständnis für Schäfers Vorschlag; hielt aber eine Umsetzung „aus bekannten Gründen“ für unwahrscheinlich.

1986 - Kontakte und Partnerschaft mit dem Kreis Eisenach

Am 15.12.1986 beschloss der Hersfelder Kreistag, mit dem Rat des Kreises Eisenach Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, eine Partnerschaft zwischen dem Kreis Hersfeld-Rotenburg und dem Kreis Eisenach herzustellen. Ziel dieses Bemühens muss sein, eine breite Begegnungsmöglichkeit der Menschen diesseits und jenseits der Zonengrenze herbeizuführen.⁽³⁾

Partnerschaften zwischen Ost- und Westkreisen gab es bisher nicht. Der Wunsch des Kreises Hersfeld-Rotenburg wurde, auch bezugnehmend auf das im Mai 1986 zwischen der DDR und der Bundesrepublik getroffene Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit, mehreren DDR-Dienststellen und Ministerien in Bonn und Berlin vorgetragen. Darüber hinaus wurden die Grenzkommision und der Grenzbeauftragte um Unterstützung gebeten. Auch unmittelbar an den Rat des Kreises Eisenach wurde die Bitte des Hersfelder Kreistages gerichtet. Diese Aktionen sorgten natürlich für einiges Aufsehen bei Ost- und West-Dienststellen, insbesondere auch bei westlichen Medien.

Seitens der DDR-Stellen antwortete nur die Ständige Vertretung der DDR in Bonn. Sie teilte mit: „... dass die Anknüpfung kommunaler Kontakte stets den Gesamtzusammenhang der zwischenstaatlichen Beziehungen und die objektiven Gegebenheiten, Voraussetzungen und Möglichkeiten berücksichtigen muss. In bezug auf die beiden deutschen Staaten gestattet es der gegenwärtige Stand der Beziehungen nicht, in breitem Rahmen Partnerschaften und kommunale Kontakte herzustellen und zu pflegen. Für die Auf-

nahme einzelner Partnerschaften werde derzeit keine Möglichkeit gesehen.

Da wir aus Eisenach keine Antwort erhielten, bekam der Verfasser von Landrat Kern (Landrat von 1976 bis 1991) den Auftrag, gemeinsam mit Ehefrau als Besucher im Rahmen des „kleinen Grenzverkehrs“ nach Eisenach zu fahren, den Rat des Kreises aufzusuchen und um ein Gespräch zu bitten. Die Pförtnerin fiel aus allen Wolken, als ihr vorgetragen wurde, dass der aus Bad Hersfeld kommende Besuch den Vorsitzenden des Rates sprechen möchte. Mit einem Vertreter der Eisenacher Abteilung Inneres, das war die Abteilung, die auch für die unmenschlichen und kurzfristigen Umsiedlungen aus dem Grenzbereich zuständig war, konnte dann - nach zurückhaltender und vorsichtiger Einführung - etwa eine halbe Stunde lang ein gutes Gespräch geführt werden. Es blieb jedoch ohne verwertbares Ergebnis.

Dem Eisenacher Mitarbeiter ist der Verfasser dann 1990 im Hersfelder Landratsamt zufällig wieder begegnet. Unter vier Augen schilderte er seine damalige Situation und bat um Verständnis ...!

1989 und 1990: Anstellung eines Grenzschriftstellers und einer Grenzschriftstellerin

In einer Zeit, als niemand an eine Grenzöffnung denken konnte, entstand zunächst die Idee und dann kam 1988 der formelle Beschluss des Kreistages, einen Grenzschriftsteller zu engagieren.⁽⁶⁾ Er sollte hier unseren grenznahen Raum 100 Tage erleben, Eindrücke und Begegnungen verarbeiten und darstellen. Im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs sollte er auch in die DDR fahren und seine Erlebnisse von der anderen Grenzseite schildern. Es war ein Glücksfall, dass der ausgewählte Grenzschriftsteller ab September 1989 in diesem Sinn wirken und dann (überraschenderweise) auch die Grenzöffnung miterleben konnte. Das Ergebnis: zwei Buchausgaben.^(4,5)

Wegen der sich abzeichnenden Wiedervereinigung wurde ab Juli 1990 für rd. 3 Monate ein weiterer Grenzschriftsteller - eine Grenzschriftstellerin - engagiert. Sie hat ihre Erlebnisse in Thüringen und Hessen bis zur Vereinigung am 3. Oktober eindrucksvoll geschildert und unter dem interessanten Titel „Trabbi, Salz und freies Grün - An der Grenze zu einem Land, das es nicht mehr gibt“, dargestellt.⁽⁶⁾ Am Vorabend zum Tag der Deutschen Einheit schreibt sie: Neben Rührung und Erschütterung ist da auch ein Gefühl von Unwirklichkeit, ein Gefühl des Gespensischen, einer ganz und gar merkwürdigen Szenerie in Theaterkulissen. Ist es science fiction oder Realität? Die Stunde Null? Der Beginn eines neuen Zeitalters? Das Begreifen kommt später.

Nach der Grenzöffnung im November 1989: Vielfältige Hilfsaktionen

Zahlreiche Erlebnisberichte hier in unserer Hersfelder Zeitung in verschiedenen Ausgaben im November/Dezember 2009 über heimische Grenzöffnungsaktionen und individuelle Schilderungen der unvergesslichen Tage danach haben anlässlich „20 Jahre Grenzöffnung“ bereits bleibende Eindrücke vermittelt.

Nicht nur für die Menschen, auch für Firmen und Behörden hatte sich die Welt nach dem 9. Nov. 1989 verändert. Viele neue Probleme waren urplötzlich entstanden. Z.B. Fragen zur Auszahlung von Begrüßungsgeld, zu Ladenöffnungszeiten, zur Verkehrslenkung, zu Baumaßnahmen an Grenzübergängen, zur Polizei,



Mauer bei Kleinensee - Dahinter Wachturm und Ortslage der Gemeinde Großensee, aus deren Gemarkung die Gemeinde Kleinensee mit Trinkwasser versorgt wurde.⁽¹⁾

Feuerwehr und zum Rettungsdienst, zu Wasser- und Abwasserfragen, zu öffentlichen Busverbindungen zwischen Ost und West usw. galt es, rasch Lösungen zu erarbeiten. Bei Fragen zur Verwaltungsstruktur, zur Aufgabenerledigung und zur techn. Ausstattung war schnell Hilfe zu leisten. Selbstverständlich ging es bei allen Problemen und Angelegenheiten auch immer um die Frage: Wer trägt die Kosten, wer finanziert?!

Hessen und Thüringen - gemeinsame Buchherausgabe

In einer gemeinsamen Buchherausgabe der hess. und thür. Landtagspräsidenten wird die geleistete Hilfe dokumentiert. Im Sept. 2009 wurde im Hess. Landtag das über 600 Seiten umfassende Werk vorgestellt: *Hessen und Thüringen-Wege zur Partnerschaft (1989-1994)*⁽⁷⁾

2 Dutzend Zeitzeugen schildern in einem größeren Abschnitt Erlebnisse aus den ersten Wochen und Monaten nach der Wende und den beginnenden Neuaufbau in Thüringen.

Für die Gemeinde Philippsthal haben Bürgermeister Fritz Schäfer (Bürgermeister 1978-2001) und für den Kreis Hersfeld-Rotenburg Verw.-Oberrat Hans-Otto Kurz (Büroleiter 1978-1998), zahlreiche Fragen einer Interviewerin zur Grenzgeschichte, zu Partnerschaften, zu Hilfsaktionen und zu Verwaltungshilfen beantwortet. Dazu folgende Text-Auszüge:

Kurz: Ein erstes Treffen, in dem auch über mögliche Verwaltungshilfe gesprochen wurde, fand bereits am Donnerstag nach der sonntäglichen Philippsthaler Grenzöffnung am 12.11.1990 statt. Rolf B. aus Bad Salzungen vom Büro des Vorsitzenden des Rates des Kreises kam morgens in das Hersfelder Landratsamt (Anm.: Telefonverbindungen gab es nicht ...) und sagte mir, dass dringend ein Gespräch mit dem Hersfelder Landrat, seinem Vorsitzenden aus Bad Salzungen, mit dem Philippsthaler Bürgermeister und mir stattfinden müsse. Wir haben das Gespräch noch am selben Tag, dem 17. Nov., im Philippsthaler Rathaus geführt. Dabei haben wir zahlreiche lokale Probleme der nahen Zukunft angesprochen. Vor allen Dingen auch Fragen zu anstehenden Partnerschaften. Die Vertreter des Kreises Bad Salzungen sahen die Entwicklung hinsichtlich der sich rasch und zahlreich abbahnenden Partnerschaften recht kritisch. Sie traten dafür ein, dass sich sowohl die westlichen als auch die östlichen Kommunen bei neuen Partnerschaften zurückhalten sollten. Partnerschaften sollten nur mit Beteiligung der jeweiligen staatlichen Stellen - nicht wild und ungeordnet - ermöglicht werden. Auch hinsichtlich der Kontakte zwischen Vereinen und sonstigen Organisationen bat man ausdrücklich

um zurückhaltendes Vorgehen. Dass für diesen Standpunkt keine konkrete Begründung gegeben wurde, der Grund für diese Haltung von uns aber zu spüren war, stimmte uns schon recht nachdenklich.

Schäfer: ... Es war dann so, dass jeden Morgen mindestens drei Bürgermeister aus der DDR in Philippsthal waren, und zwar immer SED-Leute, die verwaltungstechnisch das eine oder andere von uns wissen wollten. U.a. auch etwas über Computertechnik usw.. Zugleich wurde von denen die Bitte geäußert, Patenschaften zu schließen. Es ergab sich allerdings zunächst eine verzwickte Situation, denn wir hatten Vacha eine solche Patenschaft ja bereits vor der Grenzöffnung angeboten, ebenso wie Dorndorf, und nun wollten beide eine Patenschaft. Es erschien uns allerdings schizophoren, dass wir mit Dorndorf und mit Vacha eine Partnerschaft abschließen. Doch von den beiden Bürgermeistern wollte keiner zurücktreten, da haben wir beide genommen. Daraufhin kam die Unterbreizbacher Bürgermeisterin und strebte ebenfalls eine Partnerschaft an. Da das nicht mehr möglich war, habe ich eine andere hessische Gemeinde gesucht und diese miteinander verkuppelt.

Kurz: Am 20. Dez. 1989 habe ich bei einem persönlichen Besuch bei den Vorsitzenden der Räte der unmittelbar unserem Kreis Hersfeld-Rotenburg benachbarten Kreise Eisenach und Bad Salzungen mündlich und schriftlich das Angebot des Kreises übermittelt, dass wir jederzeit Hilfe leisten und mit Rat und Tat zur Verfügung stehen. Mit finanziellen Zusagen waren wir jedoch - auch im Hinblick auf die eigene finanzielle Situation - recht zurückhaltend. So fanden regelmäßig Besprechungen auf Mitarbeiterebene in Eisenach, in Bad Salzungen und Bad Hersfeld statt. Auch führten wir gemeinsame Besprechungen und Sitzungen mit Bürgermeistern bzw. den Vorsitzenden der Räte aus den Gemeinden der beiden Ostkreise und der Bürgermeister unseres Kreises durch. Sitzungen unseres Kreis-ausschusses mit den Räten der Kreise Bad Salzungen und Eisenach fanden statt. Dabei trafen sich jeweils rd. 20 Personen - es trafen sich Kommunisten bzw. SED-Leute mit demokratisch gewählten Volksvertretern. Das war schon interessant, da hat es schon geknistert. Sicherlich waren nicht alle - oder nicht mehr - politische Hardliner. Wir konnten nur darüber spekulieren, ob und inwieweit unsere Gesprächspartner möglicherweise an politischen oder schlimmen menschlichen Entscheidungen in der DDR-Zeit mitverantwortlich oder beteiligt waren.

Schäfer: Unsere erste finanzielle Zuwendung an Vacha erfolgte noch im Jahre



3. Oktober 1990 - Gemeinsamer Festakt zum Tag der Deutschen Einheit im Palas der Wartburg mit Vertretern aus benachbarten Kommunen. In der 5. Reihe einige der etwa 20 Teilnehmer aus dem Kreis Hersfeld-Rotenburg. Von re.: Georg Radick (Kreisbeigeordneter), Roland Hühn (Bürgermeister Stadt Heringen), Hans-Otto Kurz (Büroleiter Kreisverwaltung), Karl-Heinz Behnke (Kreistagsvorsitzender), Norbert Kern (Landrat), Hans Neuwrith und Helmut Miska (Kreistagsmitglieder), Lothar Schmidt (Bürgermeister Gemeinde Nentershausen). (Foto: privat)

1989; wir haben die Heizung im Kindergarten in Vacha erneuert, da diese ausgefallen war und der Kindergarten sonst hätte geschlossen werden müssen. Damals haben wir ein Aktionsprogramm aufgelegt und jährlich 10.000,00 oder 20.000,00 DM für derartige Maßnahmen zur Verfügung gestellt und haben die Gemeinden gefragt, wie wir unterstützen können. Und wenn irgendwo Verwaltungshilfe benötigt wurde, wie die Beschaffung technischer Geräte für die Verwaltung, haben wir auch das aus dem Aktionsprogramm finanziert. Unter anderem haben wir einen Computer an die Stadt Vacha abgegeben. Ich war damals im Rat des Komm. Gebietsrechenzentrums Kassel und so habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Stadt Vacha und die Gemeinde Unterbreizbach an das Rechenzentrum in Kassel angeschlossen wurde, zu den gleichen Konditionen wie wir. Als eine weitere Maßnahme habe ich gemeinsame Bürgermeisterdienstversammlungen angeregt. Ich war der Meinung, wir müssen die Bürgermeister Ost mit unseren Bürgermeistern bekannt machen, um Partnerschaften auszubauen. Zu dieser Zeit, vor der Gebietsreform, gab es dort noch etwa 60 Bürgermeister und davon waren 30 Bürgermeisterinnen. Es war meine schönste Zeit in den 24 Jahren als Bürgermeister, es war die Zeit, in der man etwas bewegen konnte. Man konnte schnell handeln und brauchte nicht unbedingt Beschlüsse, die wurden nachgeholt. Und das Geld war da! Und so habe ich alles Mögliche getan. Unter anderem habe ich die Straße nach Unterbreizbach öffnen lassen, da die Straße im Weidenhain an der engsten Stelle nur 3,8 m breit war und dort Busse und LKWs durchfahren. Aus Sicherheitsgründen mussten wir daher etwas für die Fußgänger tun und einen Fußgängerweg anlegen. Wir mussten 5 % der Bausumme zahlen, 95 % waren Bundesmittel. Das war lukrativ und wir wollten weitere Straßenbaumaßnahmen durchführen. Man brauchte das nur telefonisch durchzusagen und erhielt telefonisch die Genehmigung.

Kurz: Gemeindliche Ausbauforderungen wurden natürlich seitens des Kreises nachdrücklich unterstützt. Die Anträge wurden mit zusätzlichen Begründungen versehen und unter „Eilt sehr“ an die zuständigen Behörden und Ministerien gerichtet. Bereits im November 1989 wurden dem Hess. Wirtschaftsminister, der schon am 21.11.1989 in Bad Hersfeld ein „Zukunftsentwicklungsprogramm Hessen-Thüringen“ in Aussicht gestellt hatte, ein Konzept der Kreis-Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur „Drehscheibe Ost-West“ und Pläne der Kreisstadt Bad Hersfeld zur „Neu-Erschließung von Industrieflächen“ vorgelegt. Der Kreis trug noch im Nov. 1989 dem Ministerium Vorschläge und Überlegungen zum Ausbau von Transitstrecken (durchgehende A 4/Thüringer Zipfel, Bahn-Elektrifizierung Bebra-Neudietendorf), zum Ausbau von grenzüberschreitenden Straßen, zur Einrichtung von Ost-West-Buslinien und zum Ausbau des Post- und Fernmeldewesens vor.

Schäfer: Dann haben wir die Straße nach Oberzella ausgebaut und die Straße von der B 62 nach Unterbreizbach. ... Innerhalb kurzer Zeit, noch im Jahr 1990 hatten wir schließlich drei Grenzübergänge geöffnet. Die Minister gaben sich die Klinke in die Hand und jeder Minister hat gefragt, ob es noch etwas gäbe, was gemacht werden müsse.

Am 12.11.1989 ging die Grenze bei uns auf und Ende November hatten wir schon eine Telefonzelle auf DDR-Gebiet stehen, wir haben ein Kabel übergelegt und drüben einen Münzfernsprecher aufgestellt, damit die Vachaer nicht jeden Abend rüberlaufen mussten. Also, das war eine tolle Sache. Und deshalb sage ich, das war die Phase der Euphorie.

Kurz: Jeden Tag besuchten uns fortan ostdeutsche Mitarbeiter aus Kreisen und Gemeinden. Mitarbeiter z.B. aus Schulverwaltungen, aus dem Gesundheits- und Bauwesen, aus den Jugend- und Sozialbereichen, aus dem Organisations- und Personalwesen. Sie kamen aus Bad Salzungen, aus Eisenach, aber auch aus entfernteren Orten. Mitarbeiter setzten sich morgens einfach in den PKW, fuhren aus der

DDR raus, suchten in der ersten Kreisstadt, die sie erreichten, das Landratsamt auf - z.B. in Bad Hersfeld oder Rotenburg - baten um Auskünfte, Rat und Hilfe. Meist hoch motiviert, wollten sie sich auf die abzusehenden Veränderungen bei den Organisationsstrukturen auf Landesebene, bei den Kreisen und Gemeinden vorbereiten. Im Übrigen: Alles, was in unserer Kreisverwaltung übrig war und abgegeben werden konnte, z.B. elektrische Schreibmaschinen, Computer und Telefontechnik, ging ab in den Osten. Die Frage von formellen Partnerschaften, bei der sich unser Kreis von Anbeginn zurückhaltend zeigte und sie für nicht vorrangig erachtete, spielte im Laufe der Zeit eine immer geringere Rolle. Vielmehr standen gute Verbindungen und praktische Hilfen und Unterstützung im Vordergrund.

Aber es ist ja nicht alles in Geld messbar. Es hat sich gerade bei den praktischen Hilfen auch viel Menschliches abgespielt. Nicht nur zwischen einzelnen Verwaltungen. Nehmen wir mal die zahlreichen Kontakte zwischen Vereinen oder beispielsweise die zwischen den Feuerwehren. Hier gab es großen Bedarf, sich auszutauschen, oder den Wunsch, auch praktisch zu helfen. Oder die Arbeitnehmer- und Berufsorganisationen, die Kreishandwerkerschaft, die Industrie- und Handelskammer; die ihre fachliche Hilfe angeboten haben, materielle und ideelle Hilfe leisteten. Mit einem riesigen Stellenwert. Das ist auf fruchtbaren Böden gefallen.

3. Oktober 1990 - Gemeinsame Wiedervereinigungsfeier auf der Wartburg

Als Beispiele für die Unterstützung und (neue) nachbarschaftliche Zusammenarbeit in unserer hessisch-thüringischen Region dienen die gemeinsamen Feiern zur Wiedervereinigung.

Die östlichen Kreise Eisenach, Heiligenstadt, Bad Salzungen und Mühlhausen sowie die westlichen Kreise, Marburg-Biedenkopf, Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg organisierten und finanzierten gemeinsam die eindrucksvolle zentrale Feier zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 auf der Wartburg. An dem Festakt im Palas der Wartburg nahmen nach dem ökumenischen Gottesdienst in der Eisenacher Georgen-Kirche zahlreiche Vertreter aus den beteiligten Kreisen und Anrainergemeinden teil. Am Vorabend zum Tag der Deutschen Einheit hatten zunächst im Hersfelder Kreistagssaal und dann im Kurhausfestsaal in Bad Salzungen jeweils gemeinsame Festveranstaltungen stattgefunden.

Quellen - Auszüge sind jeweils kursiv gesetzt

- ¹⁾ Kreis Hersfeld/Kreis Hersfeld-Rotenburg: Akten Zonengrenze und Bildarchiv
- ²⁾ Schäfer, Fritz: Schilderung zur Forderung Grenzübergang Philippsthal/Vacha
- ³⁾ Kreis Hersfeld-Rot.: Akten Partnerschaft, Grenzscheiber, Verwaltungshilfe Ost
- ⁴⁾ Neuborg, Torsten: Grenzgeföhle - Zerrissen zwischen da und dort
- ⁵⁾ Ders.: Mitten in Deutschland - Menschen an der Grenze
- ⁶⁾ Lippelt, Helga: Trabbi, Salz und freies Grün - An der Grenze zu einem Land, das es nicht mehr gibt
- ⁷⁾ Kartmann/Schipanski, Präsidenten der Landtage von Hessen bzw. Thüringen: Hessen und Thüringen - Wege zur Partnerschaft/Aktionsprogramm 1989-1994